Kriminalität, Verbrechensfurcht und andere Unannehmlichkeiten Zu den Ursachen und Folgen der »German Angst«

Thomas Feltes

I.

Die individuellen, kollektiven und gesellschaftlichen Wahrnehmungen von Kriminalität sind ebenso wie der gesellschaftliche Umgang mit Straftaten und Straftätern wesentlich für ein Gemeinwesen, weil Wahrnehmungen Einstellungen beeinflussen oder sogar erst generieren und der Umgang mit Kriminalität die Gesellschaft formt. Die Wahrnehmung von Kriminalität ändert sich ständig, im Umgang mit ›Abweichlern‹ zeigen sich gesamtgesellschaftliche Abgrenzungstendenzen. Die seit geraumer Zeit schwindende Zustimmung für einen primär am Präventionsgedanken orientierten Umgang mit Abweichlern und Straftätern kann als Hinweis für zunehmende *punitive Tendenzen* (Lautmann & Klimke, 2004) betrachtet werden. Kriminalitätsfurcht und Strafeinstellungen haben sich auch vor und während der Covid-19-Pandemie verändert. So wird ein Anstieg der Furchtwerte im Zuge der Pandemie verzeichnet, während Strafmilde und wiedergutmachende Strafeinstellungen deutliche Rückgänge aufwiesen (Habermann & Zech, 2024). Gleichzeitig wird Kriminalitätsangst zunehmend zur *Projektionsfläche sozialer Unsicherheitslagen* (Hirtenlehner, 2022).

Punitive Tendenzen spielen auch im vorliegenden Band eine Rolle, der sich mit verschiedenen Fragen, die mit der Wahrnehmung von Kriminalität zusammenhängen, beschäftigt und Hintergründe und Zusammenhänge beleuchtet. Der Beitrag von Groß, Kemme, Häfele und Bendler thematisiert die Struktur des Zusammenhangs von Kriminalitätsfurcht, Punitivität und Fremdenfeindlichkeit. Diese drei Aspekte werden längsschnittlich miteinander in Zusammenhang gebracht. Im Ergebnis zeigt sich eine starke wechselseitige Beeinflussung von Punitivität und Fremdenfeindlichkeit. Die Kriminalitätsfurcht steht ebenfalls in einem wechselseitigen Zusammenhang mit beiden Konstrukten, weist aber im Vergleich deutlich schwächere Effekte auf.

Die in unserer Gesellschaft zunehmend zu beobachtende *Dehumanisierung* von gesellschaftlichen Randgruppen stellt eine Form von mora-

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

lischer Exklusion dar, bei der dehumanisierte Personen von moralischen Regeln und Werten ausgeschlossen werden, womit gleichzeitig ehemals vorhandene moralische Prinzipien aufgeweicht und aufgegeben werden. Dies ermöglicht eine Rechtfertigung für Aus- und Abgrenzungen, Empathie und Schuldgefühle gegenüber den dehumanisierten Personen fehlen (Bandura 2002). Zu den dehumanisierten Gruppen gehören Strafgefangene ebenso wie Menschen, die in psychiatrischen Einrichtungen untergebracht sind (De Gregorio, 2024).

Hinzu kommt seit einigen Jahren vor dem Hintergrund von Fremdenfeindlichkeit und (nicht mehr nur latentem) Rassismus in Teilen unserer Gesellschaft die *Enthumanisierung* bestimmter Gruppen (z. B. von Migranten und Flüchtenden), deren Schicksal zunehmend ablehnend aufgenommen wird. Unter dem Stichwort ›othering‹[1] wird dies wissenschaftlich thematisiert, mit unterschiedlichen Aspekten der räumlichen (Labbaf & Norouzi, 2023), ethnischen, geschlechtlichen oder sonstigen Differenzierung.

Davon ausgehend, dass es »die Kriminalität« nicht gibt, erfolgen Definition und soziale Konstruktion von Kriminalität im Wesentlichen vor dem Hintergrund solcher Einstellungen, die wiederum auf (gesteuerten) Wahrnehmungen und individuell entwickelten Ängsten beruhen. Die »Angst vor den anderen« (Bauman, 2016) spielt eine zunehmende Rolle vor dem Hintergrund einer immer unüberschaubarer und (subjektiv empfunden) unsicherer werdenden Welterfahrung.

Mit dem Begriff der ›crimmigration‹ wird die Verknüpfung von Migration und Kriminalisierung beschrieben (Walburg, 2016; Klimke, 2022). »Über die Verhandlung eines Teils der Migration als Problem Innerer Sicherheit wird Fremdheit und Nichtzugehörigkeit signalisiert. Crimmigration bezeichnet so ein ethnisierendes und kriminalisierendes Verfahren zugleich, das den Fremden in zweifacher Weise als Anderen exkludiert: Er gehört weder in die nationale noch in die moralische Gemeinschaft. Der Krimmigrant ist in erster Linie als Eindringling charakterisiert, den es loszuwerden gilt [...]. Diese Rahmung vermag Empathie und Mitverantwortung zu neutralisieren«. Daher wirkt diese Risikorahmung als »Erleichterung, von

1 »Der Begriff Othering (aus dem engl. other = ›andersartig‹ – Andersmachung) beschreibt die Distanzierung und Differenzierung zu anderen Gruppen, um seine eigene ›Normalität‹ zu bestätigen. Das Konzept des Othering kommt aus dem Kontext der postkolonialen Theorie. Othering bedeutet auch, dass Menschen oder Gruppen negative Eigenschaften zugeschrieben werden, die sie von der eigenen Gruppe unterscheiden. Othering ist ein ständiger Akt der Kategorisierung und letztlich eine Unterscheidung zwischen ›uns‹ und ›den anderen‹.« Quelle: Website der Universität zu Köln, https://vielfalt.uni-koeln.de/antidiskriminierung/glossar-diskriminierung-rassismuskritik/othering.

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - BY-NC-ND

der Verantwortung für das Schicksal der Notleidenden und der Last einer moralischen Verpflichtung befreit zu sein« (Klimke, 2022, S. 508).

Die Kriminalisierung der Seenotrettung (Reisch, 2019) ist ebenso wie der aktuelle Versuch, Asylbewerber in Drittstaaten abzuschieben, ein Beispiel dafür. Pia Klemp schreibt in ihrem aus Angst vor (juristischen) Repressalien als ›Roman‹ bezeichneten Bericht über ihre Arbeit als Seenotretterin: »Unser Lechzen nach Freiheit bringt uns in Zugzwang. Unsere Mission ist das entzündete Aufbegehren aus dem verrotteten Leichnam einer Gesellschaft heraus, die einst von Gerechtigkeit sprach. Unser Einsatz ist ein letztes humanes Zucken dieses Zombies, der sich und seine Werte verriet. So sind die gärenden Fette seiner Verwesung Öl in unserem Feuer. Der Zerfall des Menschlichen treibt uns an, ob wir wollen oder nicht. Anspruch und Wirklichkeit der westlichen Welt klaffen so weit auseinander, dass wir uns nicht mehr für das Gute, sondern nur noch gegen das Schlechte erheben können [...]« (Klemp 2019, S. 79 f.).[2]

II.

Unsere Wahrnehmung von Problemen beruht nicht allein und oftmals sogar am allerwenigsten auf Fakten, sondern wird durch ein komplexes Zusammenspiel von psychologischen, soziologischen und Umweltfaktoren beeinflusst. Präventive wie repressive Maßnahmen benötigen jedoch faktenbasierte Grundlagen, sollen sie rechtsstaatlich akzeptabel, umsetzbar und nachhaltig sein. Daher ist es wichtig, einen Fokus auf die Entwicklung der Wahrnehmung von gesellschaftlichen Problemen durch die Gesellschaft zu legen und damit auf die Wahrnehmung von Abweichung und Kriminalität und auf die Frage, welche Ängste dabei eine Rolle spielen und welche Ursachen und Folgen der Umgang mit diesen Ängsten hat.

Vor diesem Hintergrund entstand mit PaWaKS[3] eine längsschnittliche Untersuchung zur Wahrnehmung von Kriminalität und Straftätern, die Grundlage für die Beiträge in diesem Band ist. Zwischen 2021 und 2024

2 Zum Hintergrund: Pia Klemp war Kapitänin bei der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer. Im August 2017 wurde eines ihrer Schiffe, die ›Iuventa‹, in einen italienischen Hafen beordert und von den Behörden beschlagnahmt. Für das Retten im Mittelmeer drohten ihr und weiteren Crewmitgliedern ein Prozess in Italien und bis zu 20 Jahre Haft. Nach einem sieben Jahre andauernden Prozess zog die Staatsanwaltschaft im Februar 2024 die Anklage zurück. https://www.tagesspiegel.de/internationales/prozess-gegen-die-iuventa-staatsanwaltschaft-auf-sizilien-sieht-in-seenotrettung-keine-schleusung-mehr-11290324.html.

3 https://www.zkfs.de/pawaks/.

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

wurden über 5.000 Personen deutschlandweit wiederholt im Abstand von sechs Monaten zu ihrer Wahrnehmung von Kriminalität und Straftätern sowie zu grundlegenden psychologischen und soziologischen Konzepten befragt. Dabei sollen Entwicklungen über die Zeit erfassbar werden, die mit einfachen Querschnittsbefragungen nicht analysiert werden könnten. Längsschnittstudien sind teuer und methodisch sehr aufwendig und werden daher für Fragestellungen dieser Art bislang selten genutzt.[4] Sie bieten jedoch die Möglichkeit, zeitliche Verläufe in der Wahrnehmung mit gesellschaftlichen, sozialen und individuellen Faktoren zusammenzubringen. Mithilfe regionaler Daten können komplexe Analysen im Zusammenspiel psychologischer Prozesse und objektiver Lebenswelten durchgeführt werden. Dies ist wichtig, weil es nicht nur wesentliche regionale, teilweise sogar sehr kleinräumige Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung und -wahrnehmung gibt, sondern weil wir wissen, dass Kriminalität im engen Zusammenhang mit Faktoren der sozialen Benachteiligung (psychische und physische Gesundheit, Bildung, Ernährung u. a. m.) gesehen werden muss, die wiederum ebenfalls regional unterschiedlich verteilt sind und sich auch auf die Wahrnehmung von Kriminalität auswirken.

III.

Querschnittsbefragungen standen am Anfang der Überlegungen zur Verbrechensfurcht, subjektiven Wahrnehmung von Kriminalität und Bewertung von Polizeiarbeit. Sie wurden erstmals Anfang der 1990er Jahre z. B. durch die »Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention«[5] in Baden-Württemberg durchgeführt. Vor dem Hintergrund der Idee des ›community policing‹ (vgl. die Beiträge in Feltes & Dölling, 1993) begann man, sich mit der

4 Dabei spielte und spielt auch die systematische Unterfinanzierung und Behinderung kriminologischer Forschung eine Rolle, die verhindert, dass andere als politische Mainstream-Ziele verfolgt werden. Die Tatsache, dass es seit Jahrzehnten nicht gelingt, einen jährlichen, periodischen Sicherheitsbericht zu erstellen, der als Ergänzung zur oder sogar Korrektur der offiziellen PKS gelesen werden könnte, macht dies deutlich. So sind seit 2001 nur drei solcher Bericht entstanden, die zudem teilweise nicht miteinander vergleichbar sind. Der angekündigte vierte Bericht lässt auf sich warten.

5 Der Forschungsgruppe gehörten folgende Vertreter der Universitäten Heidelberg und Konstanz, des Max-Planck-Institutes in Freiburg sowie der Hochschule für Polizei Villingen-Schwenningen an: Dieter Dölling, Thomas Feltes, Wolfgang Heinz, Dieter Hermann, Helmut Kury, Joachim Obergfell-Fuchs, Christiane Simsa und Gerhard Spieß.

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Frage zu beschäftigen, ob und wie objektive Kriminalitätslage und subjektives Kriminalitätsempfinden zusammenhängen und wie sich Kriminalitätsfurcht auf das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger auswirkt. Verbunden damit war die Einsicht, dass die polizeilich registrierte Kriminalität auf verschiedenen Ebenen (individuell wie strukturell) bei weitem nicht die Bedeutung hat, die man ihr bis dahin und teilweise noch immer zuweist. In den Jahrzehnten danach wurde zudem deutlich, welche Auswirkungen Verbrechensfurcht, Sicherheitsgefühl und die »German Angst« (Feltes, 2019a) auf den Zusammenhalt in der Gesellschaft haben und wie diese Aspekte das Vertrauen in Politik und Demokratie beeinflussen.

In den mehr als 30 Jahren gab es seitdem eine große Anzahl von empirischen Studien (vgl. die Übersicht bei Singelnstein & Kunz 2021, S. 428 ff.), die von der Gemeinde- und Stadtteil- bis auf die Bundesebene reichten und bei denen auch der Unterschied zwischen einzelnen Regionen und zwischen ›Ost‹ und ›West‹ (vor allem nach der Wende; Reuband, 1992) thematisiert wurde. Bereits Anfang der 1990er Jahre stellten wir fest, dass Angst vor Kriminalität und Verbrechensfurcht eng zusammenhängen mit allgemeinen Lebensängsten. »Doch leider wissen das die Betroffenen nicht, und wenn sie es wüßten, dann würde ihnen dies wohl wenig helfen – eher im Gegenteil, denn die Verbrechensfurcht ist zumindest in Teilen greifbar und auf Personen zu übertragen, während allgemeine Lebensangst nicht personifizierbar ist und deshalb eher verdrängt wird« (Feltes & Gramkow, 1994).

Als wir 1995 die ersten empirischen Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten in Baden-Württemberg und damit die Ergebnisse von Bürgerbefragungen veröffentlichten (Feltes, 1995), war klar: Das subjektive Erleben und Empfinden spielt eine zumindest ebenso große, oftmals sogar noch größere Rolle für das Sicherheitsgefühl der Menschen vor Ort, und »die Kriminalität«, wie auch immer man sie definiert und misst, ist nur einer der Faktoren, die die Lebensqualität beeinflussen.

Kriminalitätsfurcht, Risikoeinschätzung und Vermeideverhalten hängen unter dem Einfluss von Wahrnehmungen im Nahraum, aber insbesondere auch vermittelt durch Massenmedien und die politische Behandlung des Themas mit der objektiven Risikoausprägung nur sehr bedingt zusammen. Gerade deshalb muss die subjektive Dimension der Sicherheitseinschätzung ernst genommen werden, denn Verbrechensfurcht mindert objektiv die Lebensqualität, insbesondere, aber nicht nur dort, wo sie zu ausgeprägtem Vermeideverhalten und Schutzvorkehrungen führt, was beides kontraproduktive Effekte haben kann (Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg, 1996, 1998).

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

IV.

Seit geraumer Zeit werden alle sich bietenden symbolträchtigen Anlässe ergriffen, um das Feld der Sicherheit (angeblich oder auch tatsächlich) neu zu ordnen und repressive Veränderungen zu legitimieren, wobei es meist um »mehr vom selben« (Watzlawick) geht (Feltes, 2001): mehr und härtere Strafen, mehr und neue Strafgesetze, mehr und besser ausgestattete Polizeien. Dabei zerbricht der bisherige Kontrollmythos der nationalstaatszentrierten Moderne, denn der Staat kommt immer schneller an die Grenzen seiner Regierungs- und Regulierungsmöglichkeiten. Die globalisiert organisierte Kriminalität stellt gemeinsam mit der globalisiert organisierten Wirtschaft, die spätestens seit den Banken- und Dieselskandalen nicht mehr von der organisierten Kriminalität zu trennen ist, die Staaten hinsichtlich der Effektivität ihrer nationalen Konzepte und supranationalen Kooperationen auf den Prüfstand. Sicherheit wird immer weniger unter Gemeinwohlaspekten definiert und hergestellt (Stegmaier & Feltes, 2007). Gleichzeitig verlagerte sich das kriminalpräventive Interesse von der tat- und täterbezogenen Reaktion hin zur möglichst risikoarmen Gestaltung von Alltag. Das Strafrecht wird zunehmend zum Mittel gegen allgemeine gesellschaftliche Verunsicherung und das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl gewinnt an Legitimationskraft für ›law and order‹-Kampagnen. Dies wird besonders in der Flüchtlings- und Migrationsdebatte deutlich, wo jede Gelegenheit genutzt wird, gesellschaftliche Unsicherheiten Migranten zuzuordnen und dies für politisch rechtsextreme Forderungen auszubeuten. Wenn gleichzeitig Wut und Hass in der Gesellschaft wieder zunehmen (NETTZ, 2024), entsteht eine explosive Mischung.

Nicht nur die europäische Einigung führte seit Ende der 1990er Jahre zu einer Vermischung der bis dato getrennten inneren mit der äußeren Sicherheit. Wanderungsbewegungen, zuerst aus Ost- und Südosteuropa, dann aus Nordafrika, leiteten die Asyl- bzw. Flüchtlingsdiskussion ein, die bis heute anhält. Dies begünstigte und begünstigt in der Bevölkerung ein Gefühl der Bedrohung der inneren Sicherheit durch »Überfremdung«, ohne dass es empirisch-kriminologische Belege dafür gibt.[6]

Eine »wabernde Angst« macht sich seit geraumer Zeit bei uns breit (Feltes, 2019a). Die Deutschen glauben, in zunehmend unsicheren Zeiten zu leben. Das Thema Sicherheit bestimmt wesentlich den gesellschaftlichen und medialen Diskurs, trotz bis vor kurzem rückläufiger Kriminali-

6 Das Beispiel der »Ausländer«- oder »Migrantenkriminalität« ist in diesem Kontext von uns umfassend behandelt worden (vgl. Feltes et al 2018, 2016; Feltes 2016).

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - BY-NC-ND

tätszahlen. In Deutschland ist, wie in vielen anderen Ländern, zeitgleich eine zunehmende soziale Differenzierung in der Gesellschaft festzustellen. Arme werden ärmer, Reiche immer reicher. Gleichzeitig bleibt mehr als ein Drittel der Menschen den Wahlen fern. Sie fühlen sich nicht mehr durch die Politik repräsentiert und verlieren den Glauben an diese Gesellschaft und die Demokratie, sie lehnen sie zunehmend ab. Der Anteil der Menschen, die Demokratie als essenziell für eine Gesellschaft ansehen, war bereits 2016 in Europa von 60 Prozent auf weniger als 45 Prozent zurückgegangen (Foa & Mounk, 2016) und geht weiter zurück. Während im Herbst 2021 rund 30 Prozent der Befragten angab, weniger großes oder geringes Vertrauen in die deutsche Demokratie zu haben, stimmten dieser Aussage im Sommer 2023 mehr als die Hälfte der Deutschen (54 %) zu (Körber-Stiftung, 2023). Ob es um die Zustimmung zur Staatsform allgemein geht oder um die Wahrnehmung des Funktionierens, spielt dabei für die gesellschaftliche Verfasstheit keine Rolle. Wenn der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert feststellt, dass Demokratie Demokraten und ein bürgerschaftliches Engagement braucht (Lammert, 2019), dann trifft dies genau diesen Punkt. »Fehlt es, ist absehbar, dass Demokratien ausbluten oder kollabieren« (Lammert, 2024).

Dies gilt besonders für den Osten Deutschlands, wo sich die Bürger nach wie vor abgehängt und zweitklassig fühlen (Mau, 2021, 2024a). Laut einer Studie des Allensbach-Institut hat sich das ostdeutsche Identitätsgefühl wieder verstärkt, und der Anteil derjenigen, die sagen, es gebe große Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen Ost und West, ist im Osten in den vergangenen Jahren von 64 Prozent auf 74 Prozent gestiegen. Auf dem 2019 von der Bundesregierung vorgestellten ›Deutschlandatlas‹ sieht es so aus, als wenn es nach wie vor zwei deutsche Staaten gäbe. Während 28 Prozent der Westdeutschen der Ansicht sind, in einer »Scheindemokratie« zu leben, stimmen dem 45 Prozent der Ostdeutschen zu (Rennefaz, 2022).

Bender und Christ weisen in ihrem Beitrag in dem vorliegenden Band darauf hin, dass ein spezifisches Meinungsklima in einer Region individuelle Einstellungen und Verhalten beeinflussen kann. Die dort vorgestellten Studien, die sich über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren erstrecken, weisen darauf hin, dass in Deutschland regionale Unterschiede in Bezug auf Vorurteile, rechtsextreme Einstellungen und sogar vorurteilsmotivierte Gewalttaten bestehen. Es geht also nicht mehr um die Frage, ob es in Deutschland regionale Unterschiede in Bezug auf die Vorurteilskriminalität gibt, sondern darum, welche Ursachen solche Unterschiede haben. Wenn Personen aus den alten Bundesländern diese Formen der Gewalt stärker verurteilen als jene aus den neuen Bundesländern und wenn trotz Kontrolle diverser

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

soziostruktureller und ideologischer Variablen die Vorhersagekraft der geografischen Variablen (Ost vs. West) für die Bewertung von vorurteilsmotivierter Gewalt signifikant bleibt, dann muss intensiver nach den Ursachen für diese Unterschiede gesucht werden.

Es gibt offensichtlich, worauf Bender und Christ hinweisen, zusätzliche, bislang nicht berücksichtigte Faktoren, die regionale Unterschiede im Meinungsklima erklären. Zukünftige Forschungen sollten darauf abzielen, weitere Einflussfaktoren zu identifizieren und zu analysieren. Solche Faktoren könnten – so die Autoren – tiefere kulturelle, historische oder sozioökonomische Unterschiede zwischen den Regionen umfassen. Sie empfehlen Analysen von Zeitreihendaten, »um ein tieferes Verständnis der dynamischen Wechselwirkungen zwischen sozialen Normen und individuellem Verhalten zu gewährleisten«. Ob damit tatsächlich kausale Zusammenhänge nachgewiesen werden können, mag man bezweifeln. Zu unterschiedlich und sich beständig verändernd sind die dafür zu erfassenden Variablen im zeitlich-historischen Vergleich, was zumindest eine rückwirkende Erfassung unmöglich macht. Hinzu kommen Veränderungen auch im regionalen Quervergleich, bedingt z. B. durch Wanderungsbewegungen oder sozialstrukturelle Veränderungen. Ungeachtet dessen ist es dringend geboten, zumindest zu versuchen, diese Unterschiede genauer zu analysieren. Wenn Andersen und Mayerl in ihrem Beitrag feststellen, dass der Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und einer Anhängerschaft der AfD in gemeinsamen Hintergrundvariablen begründet ist, und ihre Ergebnisse nahelegen, dass der Autoritarismus einer Person als gemeinsame Ursache von Kriminalitätsfurcht und populistischer Unterstützung fungiert (damit beschäftigt sich der Beitrag von Lindner, Gelfort und Kessler u. a. intensiver), dann müsste der Frage nachgegangen werden, woher dieser Autoritarismus kommt und welche Wechselwirkungen sich in diesem Kontext ergeben.

Dies gilt auch, weil Steffen Mau zuzustimmen ist, dass die Ost-West-Verwerfung eine wichtige gesellschaftliche Konfliktachse bleiben wird, auch nach über drei Jahrzehnten im Großen und Ganzen erfolgreicher Wiedervereinigung und trotz positiver ökonomischer Entwicklungen im Osten (Mau, 2024a, 2024b). Mau geht davon aus, dass sich trotz aller Transformationserfolge, trotz Angleichung und trotz kultureller, normativer und mentaler Eingewöhnung die Unterschiede zwischen den beiden deutschen Teilgesellschaften (sic!) nicht einfach ausschleichen werden. »Sowohl in sozialstruktureller wie auch in mentaler Hinsicht hat sich in Ostdeutschland eine Form der Sozialität herausgebildet, in der neben langsam steigender Zufriedenheit auch Gefühle der Benachteiligung und der politischen Entfremdung wachsen, die mehr sind als ein nicht enden wollendes Murren einiger Ewig-

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

gestriger« (Mau, 2021, S. 14). Als Ergebnis seiner Analyse stellt Mau fest, dass es in Ostdeutschland noch immer Unzufriedenheit, Abstandnahme und Systemskepsis gibt und eine »Gesellschaft des Verdrusses und der Anfälligkeit für Populismen« (Mau, 2021, S. 246). Die gesellschaftlichen Spannungen in Ostdeutschland sind für ihn »Ausdruck gesellschaftlicher Frakturen, von denen viele in der DDR-Gesellschaft schon angelegt waren und die im Zuge der gesellschaftlichen Transformation nicht geheilt, sondern häufig noch vertieft wurden« (Mau, 2021, S. 245). Und weiter: »Auch noch dreißig Jahre nach der Wende fehlt es der ostdeutschen Gesellschaft letztlich an einem robusten sozialmoralischen und sozialstrukturellen Unterbau, der Toleranz und ein emphatisches Demokratieverständnis tragen könnte« (Mau, 2021, S. 148). Die Ursachen dafür liegen sowohl in der Entwicklung der DDR als auch (und vor allem) im Umgang seitens der westdeutschen Eliten nach der Wende und vor allem in dem Zusammenspiel dieser beiden Aspekte. Der Osten wird immer stärker zur »entzündlichen Region«. Die Wahlergebnisse im Sommer und Herbst 2024 könnten, so die Befürchtung, die gesamte parlamentarische Demokratie destabilisieren.

Zygmunt Bauman hat den Zustand der Verunsicherung in einer Gesellschaft bereits 2006 mit dem Begriff der ›liquid fear‹ (Bauman, 2006) umschrieben: In ›liquid times‹ (Bauman, 2007) verlieren die Menschen die Zuversicht und das Vertrauen in die Steuerbarkeit ihrer eigenen Zukunft (vgl. Beilharz, 2013). Ihr »liquid life« (Bauman, 2005) ist ein »precarious life, lived under conditions of constant uncertainty«, in dem es auch ein »spiritual lumpenproletariat« gibt (Bauman, 2005, S. 7).

Das Gefühl, an allen Ecken und Enden würden Straftaten begangen, hat vor allem mit der medialen Aufbereitung und der politischen Diskussion zu tun. Die regelmäßigen politischen Verkündungen, alles gegen »die Kriminalität« zu tun, verunsichern die Menschen. Menschen, die gesellschaftliche Entwicklungen nicht verstehen oder sich zunehmend gesellschaftlich abgehängt fühlen, sind grundlegend verunsichert. Fukuyama (2019) hat nicht nur auf die steigende Ungleichheit in der Gesellschaft hingewiesen, sondern auch das Stärkerwerden nationalistischer Strömungen, die sich vom etablierten politischen System lösen, analysiert. Er sieht in (fehlender) Anerkennung und Würde Gründe dafür und wird durch die Entwicklungen in Ostdeutschland bestätigt.

Angst vor Kriminalität zu haben, ist ein Ventil, weil diese Angst im Vergleich zu den anderen Ängsten greifbar und personalisierbar ist. Die Menschen müssen letztlich ihre allgemeinen gesellschaftlichen Ängste in einen konkreten, definierbaren Bereich verlagern, um damit weiterleben zu können. Ansonsten würden sie von diesen Ängsten erdrückt. Die Kriminalität bietet sich hier an, und dies, obwohl es »die Kriminalität« nicht gibt,

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

nicht zuletzt, weil das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, von Alter, Geschlecht, Wohnort und sozialer Lage abhängig ist und oftmals diejenigen, für die eine Viktimisierung am wenigsten wahrscheinlich ist, die größte Verbrechensfurcht entwickeln. Gleichzeitig konnten wir in der Bochumer Studie (»Bochum IV«) zeigen, dass es keinen Zusammenhang zwischen Verbrechensfurcht und tatsächlicher Kriminalitätsentwicklung gibt und auch die Erwartung des eigenen Opferwerdens nicht von solchen Faktoren abhängig ist (Feltes, 2019b; Feltes & Reiners 2019). Letztlich lebt es sich nicht nur in Bochum viel besser als man glaubt (Feltes, 2021).

Wir wissen, dass die Verbrechensfurcht dort niedriger ist, wo der soziale Zusammenhalt hoch ist (Kochel & Weisburd, 2019). Die Wiederherstellung dieses Zusammenhaltes wäre also ein Weg aus der Kriminalitätsfurcht. Allerdings scheinen Ethik und Moral als Voraussetzungen für solchen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zunehmend verloren zu gehen. Wir verlieren die Orientierung auch, weil »Moralinstitutionen« wie die Kirchen ihre Glaubwürdigkeit grundlegend verloren haben. Die (berichtete) Zunahme von Übergriffen gegenüber Polizeibeamten, Feuerwehrleuten und Sanitätern zeigt, dass der Respekt gegenüber staatlichen Autoritätspersonen abnimmt, aber nicht nur ihnen gegenüber, sondern generell im Umgang miteinander (Weigert, 2021). Das gesellschaftliche Klima wird rauer. Hieran können Polizei und Sozialarbeit wenig ändern, aber sie können die Politik an ihre Verantwortung in diesem Bereich erinnern, statt vorzuspiegeln, soziale Probleme könnten mit strafrechtlichen oder polizeilichen Mitteln gelöst werden.

Lindner, Gelfort und Kessler beschäftigen sich in ihrem Beitrag in diesem Band mit sozialen Determinanten des rechtsgerichteten Autoritarismus. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass bestimmte Persönlichkeiten für Vorurteile, konservative Ideen und sogar Faschismus anfällig zu sein scheinen. Dabei wurde bisher kaum untersucht, inwieweit sich Autoritarismus in Abhängigkeit vom sozialen Kontext entwickelt. Im Ergebnis zeigen sie, dass der individuelle Autoritarismus-Wert einer Person ein starker Prädiktor für den Wert derselben Person zu einem späteren Messzeitpunkt ist. Dieser Befund bedeute, dass Autoritarismus ein stabiles Merkmal des Individuums sei, wobei einige Individuen einen höheren rechtsgerichteten Autoritarismus hätten als andere. Als Erklärung für diese Stabilität führen sie den verstärkenden oder abschwächenden Effekt des sozialen Kontexts an. Sie finden übereinstimmende Ergebnisse, dass sozial geteilte und in einem sozialen Kontext verbreitete rechte Einstellungen signifikant die individuelle Ausprägung des Autoritarismus einer Person vorhersagen. Dies deute darauf hin, dass der Autoritarismus einer Person von rechten Einstellungen beeinflusst und verstärkt werde, wenn diese im Umfeld der Person zu beob-

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

achten seien. Individuen scheinen die im sozialen Kontext vorherrschenden Einstellungen zu übernehmen und sich ihnen anzupassen. Das bedeute aber auch, dass Autoritarismus nicht einfach festgelegt sei, etwa durch genetische Einflüsse oder frühe kindliche Erfahrungen, sondern sich über das gesamte Leben der Individuen durch deren Anpassung an ihre jeweiligen sozialen Kontexte weiterentwickle.

Wenn das zutrifft (und es gibt keinen Grund, an diesem Ergebnis zu zweifeln), dann müssten Zusammenhänge zwischen diesen sozialen Kontexten (Schule, Arbeit, Peergroup) intensiver untersucht werden, und zwar unter Einbeziehung der aus der Medienwirkungsforschung bekannten Tatsache, dass Medien allein Einstellungen nicht hervorrufen können, sondern bestenfalls bestehende Einstellungen oder Neigungen verstärken. Als alleiniger Auslöser kommen sie nicht in Frage. Ungleich wichtiger sind individuelle Eigenschaften und soziale Phänomene wie dauerhafte Frustration, Überforderung, Einsamkeitsgefühle und ein schwieriges familiäres oder soziales Umfeld – alles Faktoren, die in unserer gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation zunehmend an Bedeutung gewinnen. Allerdings beziehen sich diese Ergebnisse im Wesentlichen auf Printmedien und das Fernsehen. Ob und wie sie auf soziale Medien übertragbar sind, ist noch unklar. Soziale Medien haben jedenfalls einen wichtigen Einfluss auf das soziale Leben und auf politische und gesellschaftliche Prozesse und somit auch auf Einstellungen und (Vor-)Urteile. Da sie sogar unseren Körper selbst beeinflussen, dürfen sie bei zukünftigen Studien nicht außer Acht gelassen werden. Wenn sich bspw. in Studien ein Zusammenhang zwischen Social-Media-Nutzung und Depressionen zeigt (Boers et al., 2019) und die ungünstigen Effekte eher durch soziale Vergleiche mit besser gestellten Personen getriggert werden, so wird deutlich, welchen Ansatz eine solche Forschung verfolgen müsste. Zudem wird angenommen, dass sich Internet- und Social-Media-Nutzer insbesondere Informationen suchen, die zu ihrer Stimmung und Wahrnehmung passen – was wiederum mit den ursprünglichen Ergebnissen der Medienwirkungsforschung (Verstärkereffekt) übereinstimmt.

Faktoren wie Globalisierung, das (so wahrgenommene) Versagen der politischen Eliten und der Politik generell (Abgasskandal, Rechtsstaats- und Rentendiskussion, Alters- und Kinderarmut) spielen eine deutlich wichtigere Rolle für das latente Gefühl der Verunsicherung, ebenso wie die zunehmenden, als negativ empfundenen Veränderungen im Verhältnis unter- und zueinander in unserer Gesellschaft. Für Ulrich Beck (2014) sind die Bürger der ›liquid cities‹ zu ›displaced persons‹ geworden, die sich in Armeen von Konsumenten verwandeln. Sie leben in Städten der Angst, wobei es diffuse, auf nichts Konkretes gerichtete Ängste sind. Diese Ängste klammern sich an alles, was ihnen angeboten wird, wider alle Vernunft, wider

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

alle Erfahrung. Gleichzeitig wird das Unsagbare gesagt, das Undenkbare gedacht, beides ohne Widerspruch oder gar Aufschrei in der Gesellschaft.

Als Konsequenz entwickelt sich ein ›Treibsand-Gefühl‹ (Feltes, 2019a). Der (moralische) Kompass geht verloren, die Gesellschaft driftet auseinander, Individualismus und Egoismus werden zu alleingültigen Maßstäben. Grundlegende moralische Werte lösen sich auf, die Gesellschaft verliert an Zusammenhalt, Extreme nehmen zu, und im Alltag spielt die Frage, warum es wichtig ist, die Demokratie zu schützen, keine Rolle mehr. Die Gesellschaft sucht sich Feindbilder, auf die sie ihre Ängste und Aggressionen abladen kann. Gleichzeitig verlieren die Menschen das Vertrauen in Institutionen. Wie die Studien von Zick und Kolleg:innen zeigen (Zick et al., 2019, 2023), geht die herkömmliche gesellschaftliche Mitte zunehmend verloren. Die Menschen wenden sich vermeintlich neuen, radikalen Parteien zu, die ihren Zusammenhalt aus der Abwertung von anderen schöpfen. Hinzu kommt eine gewisse Grundfrustration, weil sich die Dinge nicht so (weiter-)entwickeln, wie wir dies erwartet und erhofft haben, sowie die Angst, bei dem gesellschaftlichen Wettrennen auf der Strecke zu bleiben. Um es mit Zygmunt Bauman (2015) zu sagen: »The biggest fear of our time is the fear of being left out«.

Ängste und subjektive Unsicherheit müssen ernst genommen werden. Wer allerdings verlangt, dass die Polizei sowohl die tatsächliche als auch die gefühlte Sicherheit gewährleisten müsse, der irrt gleich mehrfach: Weder kann die Polizei (wie Dunkelfeldstudien zeigen) die tatsächliche Sicherheit gewährleisten oder auch nur maßgeblich beeinflussen, noch kann sie auf die Gründe, die für die zunehmende Verunsicherung der Bürger maßgeblich sind, einwirken. Eine aufgeklärte Sichtweise würde deutlich machen, dass das subjektive Unsicherheitsgefühl vielfältige Ursachen hat und die Polizei die Institution ist, die am allerwenigsten dieses Gefühl beeinflussen kann. Wenn Psychologen uns bestätigen, dass die meisten Angstgefühle entstehen, weil wir denken, etwas sei gefährlich, dann sind es unsere Gedanken, die Angstgefühle erzeugen.

Dehne (2017) spricht von der »Kontingenzangst«. Die Ängste fokussieren sich, auch bedingt durch mediale Berichterstattung und die damit einhergehende politische Stimmungsmache, auf Kriminalität und damit auf »die Kriminellen«, die zunehmend als Ausländer und Migranten »identifiziert« werden. Die Angst vor den »gefährlichen Anderen«, die die »Volksgemeinschaft bedrohen«, wird zum zentralen Bestandteil rechter Propaganda und Mobilisierung (Haase, 2020, S. 299). Obwohl wir noch nie so sicher gelebt haben wie heute, nehmen Angst und Unsicherheitsgefühle zu (Böhme, 2013). In einer »Angstgesellschaft« gibt es eine »Statuspanik in der gesellschaftlichen Mitte« (Bude, 2014, S. 60). Hinzu kommt, dass durch

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Transformationsprozesse und Umbrüche in der modernen Gesellschaft eine undurchsichtige, negative Gefühlswelt entsteht. Diffuse Existenz- und Abstiegsängste vermischen und überlagern sich und verlieren im Laufe der Zeit ihre Bezugspunkte. Dadurch entwickeln sie sich zu einem unbestimmten Bedrohungsgefühl, das in der Kriminalitätsfurcht einen Ausdruck findet, wo sie benannt und verarbeitet werden können.

Die zunehmend um sich greifende Einsicht, dass wir in Deutschland nicht mehr auf einer Insel der Glückseligen leben, die sich vom Rest der Welt abschotten kann, trägt dazu bei, dass wir unserer überkommenen Sicherheiten nicht mehr gewiss sein können. Diese allgemeine Verunsicherung macht sich an denjenigen fest, die man konkret und persönlich für diese Lage verantwortlich machen kann. Psychoanalytisch kennen wir diesen Mechanismus nur zu gut. Das Angebot von Sündenböcken, die uns derzeit geliefert werden, nehmen wir gerne an. Wir zeigen empört und mit dem Finger auf die (angeblich) Schuldigen.

Als ›Sackgassengefühl‹ hat Katharina Körting (2024) in der ›taz‹ den aktuellen Gefühlszustand der Deutschen beschrieben. Klima, Krieg, Rechtsruck, Betroffenheitspflicht und Debattenfeindlichkeit führten dazu, dass diese Krisen die Menschen überfordern. Es herrsche ein fataler Mangel an »Selbstwirksamkeitserwartung«: »Was man auch tut, denkt, sagt – es ändert nullkommanichts an der Lage«. Die einen würden furchtbar vorsichtig, die anderen furchtbar aggressiv werden. Zu viele Probleme auf einmal, zu wenig Mut, zu wenig Ehrlichkeit, zu wenig Kraft, zu viele Krisen. Zu viel von allem als Erklärung für den »Rechtsruck« in unsere Gesellschaft, der sich gerade bei jungen Wählern zeige. Die unzweifelhaften Zugewinne rechter, postfaschistischer oder größtenteils rechtsextremer Parteien in Frankreich, Italien und Deutschland kann man nicht übersehen, allerdings zeigen sich auch andere Tendenzen wie in Spanien, Skandinavien, Polen und der Slowakei. Und selbst in Ungarn scheint sich das Pendel in die andere Richtung zu bewegen.

Wenn, was Andersen und Mayerl in diesem Band nachweisen, die individuelle Zunahme der Kriminalitätsfurcht nicht zu einer erhöhten rechtspopulistischen Unterstützung und umgekehrt führt und ein individueller Wechsel von einer anderen etablierten Partei hin zur AfD nicht zu einer Zunahme der Kriminalitätsfurcht im Vergleich zum durchschnittlichen Niveau dieser Person führt, dann liegt der Zusammenhang zwischen Kriminalitätsfurcht und einer Anhängerschaft der AfD entweder in gemeinsamen Hintergrundvariablen begründet, oder aber das Kriterium der Anhängerschaft der AfD ist nicht trennscharf genug, weil diese Anhängerschaft keine monolithische Gruppe ist, sondern aus fluktuierenden Einstellungen und Protestverhalten gespeist wird. Man sollte also in Zukunft vorsichtig mit der Kategorisierung

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

von Personen anhand ihrer Wahlpräferenzen sein, zumal diese sich in einem Längsschnittvergleich wesentlich verändern können, auch ohne dass sich individuelle oder sozialstrukturelle Variablen verändert haben.

Dies gilt generell für entsprechende Studien und damit auch für den Ansatz von Melcher und Meißelbach in diesem Band, die sich mit politischer Kriminalitätsfurcht als Sorge vor einer Bedrohung der Demokratie durch Extremismus und Wahlverhalten beschäftigen und der Frage nachgehen, ob und wie die Sorge vor Extremismus die Wahlabsicht prägt. Wenn sie zeigen, dass Personen, die eine starke Bedrohung durch Extremismus und PMK wahrnehmen, dazu neigen, Parteien zu unterstützen, die sie als kompetent in der Bekämpfung dieser Bedrohungen wahrnehmen, dann ist dies ein wenig überraschendes Ergebnis, ebenso wie die Feststellung, dass sich die Reaktionen auf rechts- und linksextreme Bedrohungen unterscheiden. Und wenn sich die Vermutung, dass von einer allgemeinen politischen Kriminalitätsfurcht Parteien der politischen Mitte profitieren, nicht bestätigt, so mag dies auch daran liegen, dass diese »politische Mitte« sich verändert (hat) und daher keine (empirisch wie individuell) verlässliche Einflussgröße sein könnte.

Was bleibt, ist eine »seltsame deutsche Fähigkeit, unter den Krisen und Kriegen der Welt fast noch mehr zu leiden als die direkt Betroffenen« (Körting). Sie sieht eine »postmarxistischen Sehnsucht nach dem Nochschlimmeren, nach dem Zusammenbruch«. Rückwärts sei das neue Vorwärts, getreu dem Motto: Früher war alles besser (und gab es, so möchte man ergänzen, mehr Lametta).

Referenzen

Bandura, A. (2002). Selective Moral Disengagement in the Exercise of Moral Agency. *Journal of Moral Education*, *31*(2), 101–119. https://doi.org/10.1080/0305724022014322

Bauman, Z. (2005). *Liquid Life*. Cambridge: Polity Press.

Bauman, Z. (2006). *Liquid Fear*. Cambridge: Polity Press.

Bauman, Z. (2007). *Liquid Times. Living in an Age of Uncertainty*. Cambridge: Polity Press.

Bauman, Z. (2015). *From Privacy to Publicity: the changing mode of being-in--the-world*. Vortrag auf der re:publika 2015. https://re-publica.com/de/session/privacy-publicity-changing-mode-being-world

Bauman, Z. (2016). *Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache*. Berlin: Suhrkamp.

Beck, U. (2014). Sinn und Wahnsinn der Moderne. *taz*, 14. 10. 2014. https://taz.de/Soziologe-Zygmunt-Bauman/!5031155/

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - BY-NC-ND

Beilharz, P. (2013). Conclusion: Liquid Society. In M. Davis (Hrsg.), *Liquid Sociology* (S. 220–229). London, New York: Routledge.

Boers, E., Afzali, M. H., & Newton, N. (2019. Association of Screen Time and Depression in Adolescence. *JAMA Pediatrics*, *173*(9), 853–859. https://doi.org/10.1001/jamapediatrics.2019.1759

Böhme, H. (2013). Einleitung: Zur Kulturgeschichte der Angst seit 1800. In L. Koch (Hrsg.), *Angst. Ein interdisziplinäres Handbuch* (S. 275–282). Stuttgart, Weimar: Metzler.

Bude, H. (2014). *Gesellschaft der Angst*. Hamburg: Hamburger Edition.

De Gregorio, L. (2024). *Unter Verrückten sagt man Du*. Berlin: Suhrkamp.

Dehne, M. (2017). *Soziologie der Angst*. Wiesbaden: Springer VS.

Haase, K. (2020). Soziale Arbeit in der Angstgesellschaft. *Neue Praxis*, *4*, 299–309.

Feltes, T. (Hrsg.) (1995). *Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg. Erste Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung von drei Pilotprojekten*. Holzkirchen: Felix-Verlag. https://www.thomasfeltes.de/images/3927983098.pdf

Feltes, T. (2001). »Community Policing« – ein polizeipolitisches Modell für Europa? In J. Fehervary & W. Stangl (Hrsg.), *Regionalisierung und Internationalisierung der Sicherheitsexekutive* (S. 119–132). Wien: Universitätsverlag.

Feltes, T. (2016). Die Darstellung der »Ausländerkriminalität« in der Polizeilichen Kriminalstatistik 2015 – Anlass für Kritik. *Kriminalistik*, *70*(11), 694–700.

Feltes, T. (2019a). Die »German Angst«. Woher kommt sie, wohin führt sie? Innere vs. gefühlte Sicherheit. Der Verlust an Vertrauen in Staat und Demokratie. *Neue Kriminalpolitik*, *31*(1), 3–12.

Feltes, T. (2019b). Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Bochum. 40 Jahre Dunkelfeldstudien in einer deutschen Großstadt. *Bewährungshilfe*, *66*(3), 267–280.

Feltes, T. (2021). Es ist »viel besser, besser als man glaubt«. Wie sicher ist es in Bochum wirklich? In K. Rudolph & D. Rüther (Hrsg.), Bochum. Von hier aus (S. 152–162). Münster: Aschendorff.

Feltes, T., & Dölling, D. (Hrsg.) (1993). *Community Policing. Comparative Aspects of Community Orientied Police Work*. Holzkirchen: Felix-Verlag.

Feltes, T., & Gramkow, H. (1994). Bürgernahe Polizei und kommunale Kriminalprävention: Reizworte oder demokratische Notwendigkeiten? *Neue Kriminalpolitik*, *6*(3), 16–20. https://www.thomasfeltes.de/pdf/veroeffentlichungen/1994_4%20buergernahe%20Polizei.pdf

Feltes, T., & Reiners, P. (2019). Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Bochum. Exemplarische Befunde der Bochumer Dunkelfeldstudie 2015/2016 (»Bochum IV«). *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, *102*(2), 1–15.

Feltes, T. et al. (2016). Ausländerkriminalität. *Zeitschrift für Ausländerrecht*, 36(5–6),157-165.

Feltes, T. et al. (2018). More refugees, more offenders, more crime? Critical comments with data from Germany. In H. Kury & S. Redo (Hrsg.), Refugees and

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Migrants in Law and Policy – Challenges and Opportunities for Global Civic Education (S. 599–624). Cham: Springer.

Foa, R., & Mounk, Y. (2016). The Danger of Deconsolidation: The Democratic Disconnect. *Journal of Democracy*, *27*(3), 5–17. http://www.journalofdemocracy.org/article/danger-deconsolidation-democratic-disconnect

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1996). Opfererfahrungen, Kriminalitätsfurcht und Vorstellungen zur Delinquenzprävention. Ergebnisse von Bevölkerungsbefragungen im Rahmen des Begleitforschungsprojekts »Kommunale Kriminalprävention« in Baden-Württemberg. In Th. Trenczek & H. Pfeiffer (Hrsg.), *Kommunale Kriminalprävention. Paradigmenwechsel und Wiederentdeckung alter Weisheiten* (S. 118–140). Bonn: Forum-Verlag. https://www.thomasfeltes.de/pdf/veroeffentlichungen/KKP1996.pdf

Forschungsgruppe Kommunale Kriminalprävention in Baden-Württemberg (1998). Viktimisierungen, Kriminalitätsfurcht und Bewertung der Polizei in Deutschland. *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, 81(2), 67–82.

Fukuyama, F. (2019). *Identität. Wie der Verlust der Würde unsere Demokratie gefährdet*. Hamburg: Atlantik.

Habermann, J., & Zech, L. (2024). Kriminalitätsfurcht und Strafeinstellungen vor und während der Covid-19-Pandemie – Ergebnisse von Studierendenbefragungen zwischen 2017 und 2021. *Kriminologie – Das Online-Journal*, *1*(6), 1–28. https://doi.org/10.18716/ojs/krimoj/2024.1.1

Hirtenlehner, H. (2022). Kriminalitätsangst: klar abgrenzbare Furcht vor Straftaten oder Projektionsfläche sozialer Unsicherheitslagen? Ein Überblick über den Forschungsstand von Kriminologie und Soziologie zur Natur kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle der Bürger. In A. Legnaro & D. Klimke (Hrsg.), *Kriminologische Diskussionstexte II: Kontrollieren und Überwachen* (S. 285–305). Wiesbaden: Springer VS.

Klemp, P. (2019). *Lass uns mit den Toten tanzen*. Augsburg: Maro.

Klimke, D. (2022). Folgen für die gesellschaftliche Wahrnehmung von Kriminalität. In D. Hunold & T. Singelnstein (Hrsg.), *Rassismus in der Polizei*. Wiesbaden: Springer VS. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37133-3_24

Kochel, T. R., & Weisburd, D. (2019). The impact of hot spots policing on collective efficacy: Findings from a randomized field trial. *Justice Quarterly*, *36*(5), 900–928.

Körber-Stiftung (2023). *Deutsche verlieren Vertrauen in ihre Demokratie*. https://koerber-stiftung.de/projekte/staerkung-der-demokratie/vertrauensverlust-in-die-demokratie/

Körting, K. (2024, 22. Juni). Sackgassengefühl. Klima, Krieg, Rechtsruck, Debattenfeindlichkeit. Die multiplen Krisen lähmen. Was kann daraus entstehen? Eine Bestandsaufnahme. *taz*. https://taz.de/Gelaehmte-Gesellschaft/!6014792/

Labbaf, S., & Norouzi, M. (2023). Spatial othering in fragmented societies: different others or different housings? *International Journal of Urban Sciences*, *28*(2), 335–358. https://doi.org/10.1080/12265934.2023.2216666

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND

Lammert, N. (2019). *Demokratie braucht Demokraten*. Leipzig: St. Benno.

Lammert, N. (2024, 19. Mai). Demokratie braucht Demokraten. *Welt am Sonntag*. https://www.kas.de/de/snippet-detail/-/content/demokratie-braucht-demokraten-3

Lautmann, R., & Klimke, D. (2004). Punitivität als Schlüsselbegriff für eine Kritische Kriminologie. In: R. Lautmann, D. Klimke & F. Sack (Hrsg.), *Punitivität* (Kriminologisches Journal, Beiheft 8, S. 9–29). Weinheim: Juventa.

Mau, S. (2021). *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft* (2. Aufl.). Berlin: Suhrkamp.

Mau, S. (2024a, 15. Juni). Die Ost-West-Verwerfung wird eine Konfliktachse bleiben. *taz*.

Mau, S. (2024b): *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*. Berlin: Suhrkamp.

Das NETTZ. Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur, HateAid und Neue deutsche Medienmacher*innen als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz (Hrsg.) (2024): *Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung*. Berlin. https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/download_lauterhass.php

Reisch, C.-P. (2019). *Das Meer der Tränen. Wie ich als Kapitän des Seenotrettungsschiffes »Lifeline« Hunderte Leben rettete – und dafür angeklagt wurde*. München: Riva.

Rennefaz, S. (2022, 14. April). Die Ostdeutschen und die Demokratie. Schein und Sein. *Der Spiegel*. https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-ostdeutschen-und-die-demokratie-schein-und-sein-kolumne-a-29831932-c5cd-4b60-99fc-103fbe8ebfea

Reuband, K.-H. (1992). Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland: zur Bedeutung psychosozialer Einflußfaktoren. *Soziale Probleme*, *3*(2), 211–219. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-247112

Singelnstein, T., & Kunz, K.-L. (2021). *Kriminologie. Eine Grundlegung* (8. Aufl.). Bern: Haupt.

Stegmaier, P., & Feltes, T. (2007). »Vernetzung« als neuer Effektivitätsmythos für die »innere Sicherheit«. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, (12), 18–24.

Walburg, C. (2016). »Crimmigration«: Die Ausweisung als Mittel der Migrations- und Kriminalitätskontrolle. *Neue Kriminalpolitik*, *28*(4), 378–388.

Weigert, M. (2021). *Gewalt gegen Einsatzkräfte der Feuerwehren und der Rettungsdienste – Prävalenz, Phänomenologie und Präventionsmaßnahmen*. Frankfurt: Verlag für Polizeiwissenschaft.

Zick, A., Küpper, B., & Berghan, W. (Hrsg.) (2019). *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: Dietz.

Zick, A., Küpper, B., & Mokros, N. (Hrsg.) (2023). *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

https://doi.org/10.5771/9783748948445-169 https://www.inlibra.com/de/page/agb - Open Access - (cc) BY-NC-ND